

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Bertrag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pf., bei Plakatgröße 40 Pf. Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachlag. Kellamezelle 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pf. bei Plakatgröße 50 Pf. Kellamezelle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Sturz des Grafen Westarp

Hugenberg Vorsitzender der Deutschnationalen

TU Berlin, 20. Oktober.

Die Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei wählte am Sonnabendabend nach einer eingehenden Aussprache über innere und organisatorische Fragen den Geheimrat Hugenberg, M. d. R., zum Parteiführer. Hugenberg gab die Erklärung ab, daß er die Wahl annehme. Er bezeichnete es als sein besonderes Bedürfnis, dem scheidenden Parteivorsitzenden Grafen Westarp den tiefgefühltesten Dank der Partei auszusprechen.

Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden dürfte erst auf einer neuen Vertretertagung erfolgen. Der gegenwärtige Vertretertag der Deutschnationalen Partei wird am Sonntag mit einer Aussprache über die allgemeine politische Lage fortgesetzt werden.

WTB Berlin, 21. Oktober.

Ueber die Sonntagssitzung der Deutschnationalen Parteivertretung wird von der Deutschnationalen Pressestelle eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt:

Die deutschnationalen Parteivertretung setzte am Sonntag, dem Tage der Zerstückelung Oberschlesiens durch das Genfer Abkommen, ihre Aussprache fort. Sie wurde durch eine kurze, von Erzfeldens Graf v. Helldorf geleitete Gedächtnisfeier für Karl Helfferich eingeleitet. Die daran anschließende Aussprache wurde durch eine Rede des Parteivorsitzenden, Geheimrats Hugenberg, eröffnet, an die sich ein Referat des Fraktionsführers Graf Westarp schloß. Unter dem tiefen Eindruck beider Reden beschloß die Versammlung einstimmig, die Tagung ohne Aussprache zu schließen.

Das Programm Hugenbergs

Unter dieser Überschrift bringt der Montag Auszüge aus den Reden des neuen Parteiführers und des bisherigen Führers der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei. Geheimrat

Rücktritt Dr. Marx

SPD Der bevorstehende Rücktritt des Reichstagners a. D. Marx von dem Amt des Vorsitzenden der Zentrumsparlei wird von der Germania bestätigt. Das Blatt bemerkt hierzu:

Schon vor den Wahlen im Mai hat Dr. Marx diese Absicht geäußert. Man muß sich daran erinnern, daß Dr. Marx im Februar und März dieses Jahres von einer ersten und schweren Krankheit heimgekehrt war, deren Folgen auch heute noch nicht ganz behoben sind und größte Schonung erfordern. Schon damals wollte Marx aus dem Parteivorstand aus gesundheitlichen Gründen, wie in wissenden Parteikreisen bekannt war. Wenn er damals davon abließ, so geschah das nur im Hinblick auf die nahen Wahlen, einer Zeit, in der keine Partei einen Führerwechsel vornimmt. Jetzt, wo die parlamentarische Arbeit wieder beginnt und der Parteitag eine geeignete Gelegenheit bietet, hat Dr. Marx seinen damaligen Entschluß aus den gleichen gesundheitlichen Gründen durchgeführt und dem Vorstand auf der Tagung am 6. Oktober von seiner Absicht offiziell Kenntnis gegeben.

Vertrauensvotum für Dr. Koch

SPD Berlin, 22. Oktober (Radio).

Der Vertretertag der Demokratischen Partei fand am Sonntag seinen Abschluß. Der Parteiausschuß hat mit allen gegen neun Stimmen den demokratischen Reichsinnenministern Koch und Dietrich und dem Parteivorstand sein Vertrauen ausgesprochen. Er hat eine weitere Entschlieung angenommen, in der die Ablehnung der Regelung schulpolitischer Fragen durch ein Konkordat unterzrichen wird und er hat in der Panzerkreuzerfrage eine Entschlieung abgelehnt, die die bisherige ablehnende Haltung der Fraktion billigt. Es wurde jedoch betont, daß durch diesen Beschluß lediglich eine Bindung der Fraktion vermieden werden solle, daß die Demokratische Partei dem Panzerkreuzerbau aber nach wie vor ablehnend gegenüberstehe.

Sieg der Brandlerianer in Breslau

SPD Das Organ des Leninbundes berichtet über eine Funktionsprüfung der KPD in Breslau, zu der Dahlem und Gesche vom Zentralkomitee entsandt waren, um den dortigen Polsekretär Hauken zu erledigen. In der Sekretariatsprüfung seien die KPD-Vertreter jedoch mit 5:4 Stimmen unterlegen. Auch in der engeren Wahl hätte die Abstimmung 9:9 ergeben. In der daran sich anschließenden Funktionsprüfung sei es kläglich ausgefallen. Der Vertreter der KPD Dahlem sei von den Funktionären Breslaus der KPD minutenlang unterbrochen und ausgesperrt worden. Als man die Sitzung ohne Distinktion vorzeitig schließen wollte, hätte ein Funktionär eine Entschlieung für Hauken eingebracht. Diese sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Hugenberg ging davon aus, daß er den Grundfah mancher Partei: „Nach uns die Sinfur“ niemals mitmachen werde. Die deutsche Politik habe es nicht erlauben können, daß sich die Hoffnungen der im wesentlichen von Helfferich durchgeführten Stabilisierung der deutschen Währung erfüllen. Die Politik Dr. Stresemanns habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt. Im Gegensatz zum Ziele dieser Politik hätten sich England und Frankreich wieder gefunden, und zwar ohne Deutschland. Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden.

Das ernsteste Problem der inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung. Wenn diese Form der Wirtschaft noch 10 Jahre fortgesetzt werde, sei Deutschland ausverkauft, und das Ende der deutschen Wirtschaft sei erreicht. Es gebe dagegen nur ein Ziel: die Verbreiterung der Decke der deutschen Wirtschaft. Der häufigste Vorwurf gegen einen Politiker laufe, daß er kein Herz für die breiten Massen des eigenen Volkes habe. Politik könne nur in dem Ziel bestehen, die Lebensmöglichkeiten für die große Masse des Volkes zu verbessern. Hugenberg behandelte dann die Verfassungsfragen, ging zu Problemen der Sozialgesetzgebung über und betonte dabei, daß niemand an dem Geiste rütteln könne, der die soziale Fürsorge durchziehe.

Für die Landwirtschaft bestehe die Gefahr, daß sie in die Hörigkeit des internationalen Kapitals oder einzelner parteipolitischer Richtungen gerate. Alles materielle Gesehen sei aber nicht ohne die richtige geistige Einstellung zu lenken. Es bleibe die Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, sich für die Aufrechterhaltung des deutschen Geistes einzusetzen. Dazu gehöre auch,

daß man mit den Fehlern des parlamentarischen Systems, mit den zahllosen und nutzlosen Kommissionsberatungen ein Ende mache.

Es bleibe Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Wehrverbände anzuregen. Eine Hoffnung habe die Dn. Vp., und das sei die Angst vor der Verantwortung, die in Wahrheit ihre Gegner beherrsche. Denn die Verantwortung bestehe nicht darin, daß man Kompromisse mache, sondern, daß man die Probleme wirklich löse.

Die Generalratwahlen

Zwölf neue Sitze für die französischen Sozialisten

SPD Paris, 22. Oktober. (Radio).

Die Schlacht um die Neuwahlen der Generalräte ist geschlagen. 1511 Sitze waren neu zu besetzen, 1372 Generalräte waren im ersten Wahlgang gewählt worden, 238 blieben im zweiten Wahlgang noch zu wählen. Das Endergebnis läßt das Stärkeverhältnis zwischen Rechts- und Linksparteien vollkommen unberührt, doch innerhalb der beiden feindlichen Lager einige Veränderungen eingetreten und namentlich die Sozialistische Partei konnte gute Erfolge erzielen.

Eine vorläufige Gesamtsitzung, die das Havas-Bureau heute nacht herausgegeben hat, ergibt folgendes Bild:

Konservative	67	(bisher 69)
Rechtsparteien	389	(363)
Mittelparteien	225	(243)
Gemäßigte Sozialisten	161	(162)
Katholiken	404	(406)
Republikanische Sozialisten	58	(52)
Sozialisten	128	(112)
Kommunisten	19	(19)

Die Verdrängten bei den gestrigen Wahlen sind also die Radikalen. Zwei ihrer hervorragendsten Kandidaten, der Senator Pams und der Abgeordnete Lamoureux, sind im zweiten Wahlgang geschlagen worden. Die Verluste der Radikalen sind aber vollkommen durch den Gewinn der Sozialisten und der Republikanischen Sozialisten ausgeglichen. Allerdings hat die Sozialistische Partei eine Anzahl nicht unbedeutender Personalverluste zu beklagen. So wurde schon im ersten Wahlgang der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, geschlagen. Im zweiten Wahlgang blieb der bekannte Abgeordnete Lebas auf der Strecke und in Straßburg wurde der Bürgermeister Peirotes von seinem kommunistischen Gegenkandidaten Huber glatt aus dem Felde geschlagen. Die Kommunisten, die im ersten Wahlgang sehr schlecht abgeschnitten hatten, konnten sich im zweiten Wahlgang gut erholen. Einen Sondererfolg erzielte der kommunistische Rechtsanwalt Berlin, der zum ersten Male in einem Wahlkreis an der französischen Riviera gewählt werden konnte. Im Elsaß sind nicht weniger als 5 Autonomen gewählt worden. Allerdings wurden im zweiten Wahlgang der autonominische Abgeordnete Dohlet in Zabern und der Buchdrucker Schall in Straßburg geschlagen.

Polizei und Kommunisten in Troyes

WTB Paris, 21. Oktober.

Eine von der Kommunistischen Partei angeführte Kundgebung wegen der Verurteilung eines verantwortlichen Redakteurs, war von der Polizei verboten worden. Da die Kommunisten trotz dieses Verbotes demonstrierten, griff die Polizei in Stärke von 200 Mann ein und zerstreute die Manifestanten, wobei es zu einem Zusammenstoß kam, in dessen Verlauf 12 Personen verhaftet wurden.

Marx — Hugenberg — Koch

Der Umsichtungsprozess im Lager des Bürgertums

Es ist durchaus nicht von ungefähr, daß gleichzeitig die Namen Hugenberg, Marx und Koch in aller Munde sind. Hugenberg ist der neuerwählte Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei. Dr. Marx, der langjährige Führer des Zentrums, tritt zurück und Dr. Koch, der Repräsentant der Demokraten, benötigt ein Vertrauensvotum, um seine politische und ministerielle Tätigkeit fortzusetzen. Im Streit um das Führertum in den Parteien des Bürgertums spiegelt sich lediglich der Umsichtungsprozess wider, der im Lager des gesamten Bürgertums seit Monaten vor sich geht. Der Umbau in den Fundamenten des deutschen Wirtschaftslebens muß notwendigerweise auch eine Verschiebung im parteipolitischen Ueberbau mit sich bringen. Darum sind diese Kämpfe um das Führertum nichts anderes als Reflektionsercheinungen, die wiederum geeignet sind, die Richtung der materialistischen Geschichtsauffassung in jeder Hinsicht zu bekräftigen.

Das Zentralproblem im Kampfe der Parteien ist zur Zeit die Frage der Koalition. Dies betrifft insbesondere alle Vorgänge, die sich im Lager des Zentrums und der Demokraten bemerkbar machen. Der Panzerkreuzer beherrscht zwar noch immer die Politik des Kabinetts der Persönlichkeiten. Schon aber tritt ein anderes Problem beherrschend in den Vordergrund. Das ist die Ausbalancierung des kommenden Reichsetats, bei dessen Aufstellung der Reichsfinanzminister, Genosse Hilferding, ein Defizit von 600 Millionen Reichsmark festzustellen hatte. Die Parteien der Koalition werden zu entscheiden haben, welche der beiden großen Gesellschaftsklassen diese Lasten auf sich nehmen soll. Während der Existenz des Bürgerblocks war es für die Parteien der Bourgeoisie eine Selbstverständlichkeit, daß das Gros der Steuerlasten den Arbeitern aufgebürdet werde. Die gegenwärtige Koalition soll demgegenüber zeigen, ob dieser Zustand beibehalten werden soll und ob die vier sozialistischen Minister in der Lage sind, eine Neuverteilung der Steuerlasten herbeizuführen. Die Frage der Aufbringung neuer Steuern wird schon jetzt vorhandenen tiefgehenden Gegenjüge nicht mildern können. Dies um so weniger, als ein Teil der Zentrumsorgane die Ausbalancierung des Etats in echt jesuitischer Verzögerung auszuwerten strebt.

Insgesondere sind es Zentrumsorgane im Süden des Reiches. Die Augsburger Postzeitung und der Badische Beobachter, dem der vor Wochen viel genannte Zentrumsabgeordnete Dr. Köhler nahesteht, erklären demagogisch, daß der Neubedarf des Reiches durchaus nicht in Form von indirekten Steuern gedeckt werden darf. Dem stimmt die Sozialdemokratische Partei restlos zu. Nur charakterisiert es die Art, wie die Zentrumsleute kämpfen, daß man gleichzeitig die öffentliche Meinung in den kapitalistischen Kreisen mobilisiert, indem man gegen die im Juli herbeigeführte Senkung der Lohnsteuer Sturm zu laufen beginnt. Demgegenüber ist festzustellen, daß im ersten Halbjahr 1928 die Lohnsteuer eine Reineinnahme von 738 Millionen erbrachte, woraus sich ergibt, daß die Senkung vom Juli nicht ausreichen wird, um auch nur der Weg Brünning gerecht zu werden.

Aus diesen politischen Manövern ist erneut zu ersehen, daß das Zentrum in der Frage der Regierungskoalition zwei gegenläufige Lager aufzuweisen hat, und es ist hinreichend bekannt — seine chemische Rede hat das klar und deutlich gezeigt — daß Herr Dr. Marx, der Bürgerblockkanzler, durchaus nicht als begeisterter Anhänger der jetzigen Koalition zu bezeichnen ist. Zwar berichtet die Zentrumspresse, daß sein Rücktritt lediglich auf gesundheitliche Gründe zurückzuführen sei. Daß es aber erfolgte in den Tagen, wo die Vorbesprechungen über die „Untermauerung“ der gegenwärtigen Koalition vorgenommen werden, bezeugt, daß bei dem Rücktritt Dr. Marx politische Gründe ebenso maßgebend beteiligt waren.

Wie man auch den Rücktritt Dr. Marx' in seiner Wirkung auf die weitere Gestaltung der Zentrumspolitik bewerten möge, der Sturz des Grafen Westarp, des bisherigen Führers der Deutschnationalen, und die Proklamierung des Claß-Bußschiffen Hugenberg ist, wie die Deutsche Zeitung jubelnd schreibt, von programmatischer Bedeutung für die Schwarzweißrotten. Der Name Hugenberg ist tatsächlich ein Programm. Seine Wahl bedeutet einen gewaltigen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Faschismus im Reichsgebiet, was Hugenberg in seiner Rede durch die Kritik des parlamentarischen Systems offen und ehrlich zugestanden hat. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Hugenberg der intellektuelle Führer des letzten Claß-Bußschiffunternehmens gewesen ist. Hugenberg ist Plutokrat vom Scheitel bis zur Sohle. Hugenberg ist der Besitzer des größten deutschen Zeitungskonzerns, und bei der Wahl zum Führer der Deutschnationalen Partei haben die Rotationsmaschinen seiner Zeitungen das entscheidende Wort geführt.

Die Vossische Zeitung berichtet, daß bei den Erörterungen vor der Wahl Hugenbergs Herr v. Reudell, naiv wie immer, erklärt haben soll, man habe bei der Wahl Hugenbergs mit der Gefahr zu rechnen, seine Presseunternehmen könnten sich